

Ahaus, 22.03.2011

Haushaltsrede 2011

des Fraktionsvorsitzenden Klaus Löhring

Guten Abend Herr Bürgermeister,
guten Abend die Herren des Verwaltungsvorstandes,
guten Abend die Damen und Herren des Rates,
guten Abend die Damen und Herren auf der Besuchertribüne,
guten Abend die Vertreter der Medien,
hier Herr Grothues von der Münsterland-Zeitung

Ahauser Haushalt auf Talfahrt, Ratssitzung nach Mitternacht

Es wird Nacht, Seniorita, und ich hab kein Quartier,
Nimm mich mit in dein Häuschen, ich will gar nichts von Dir!

Diese Liedzeile von Udo Jürgens konnten die Mitglieder des Rates wohl in der letzten Ratssitzung am 02.02.2011, die offiziell laut Niederschrift um 01.15 Uhr (gefühlte 01.25 Uhr) beendet wurde, für sich realisieren.

Hatte meine Frau mich schon zweimal angesimst und nachgefragt, wo ich denn bliebe, stieß meine Antwort, wir hätten noch so lange getagt, auf Unverständnis, da Sie selbst als ehemaliges Ratsmitglied eine so lange Ratssitzung in der Wahlperiode 2004-2009 nicht miterlebt hatte.

An dieser Stelle bittet und fordert unsere Fraktion vom Bürgermeister –wenn absehbar wird, dass eine Ratssitzung auf 23.00 Uhr zugeht- mehr Augenmaß und ggfs. Vertagung der Ratssitzung. Denn viele im Rat sind berufstätig und müssen am nächsten Tag wieder arbeiten gehen.

Ihr Grüne in Ahaus seid doch eine Dagegen-Partei?! oder was ist Opposition?!

Wir sind auch in Ahaus eine Dagegen-Partei?! Ja, wir sind gegen falsche Politik und zwar seit langem. Unsere Wurzeln liegen im Protest der Umwelt-, Friedens- und Bürgerrechtsbewegung.

Wir waren zum Beispiel schon immer gegen Atomkraft, bürgerferne Klientelpolitik, Hinterzimmerpolitik und sozialen Kahlschlag.

Wir sind zum Beispiel für Erneuerbare Energien, gerechte Gesundheitspolitik, Transparenz und Mindestlöhne.

Und Opposition bedeutet Widerspruch! Und in erster Linie Kontrolle der Verantwortlichen. Ebenso den Finger in die Wunde zu legen und örtliche Missstände und/oder Vetternwirtschaft aufzudecken und anzuprangern.

Manchmal mussten wir in Ahaus den Eindruck haben, es gäbe gar keine anderen Oppositionsfraktionen neben uns, so lieblich und einig stimmten andere Fraktionen mit der schwarz-gelben Ratsmehrheit, aber später mehr dazu.

Mehr Demokratie im Ahauser Rat wagen

Lassen Sie mich politisch Revue passieren:

Es ist für eine seit 1949-2009 absolutistisch herrschende CDU-Fraktion mit CDU Bürgermeistern wohl nicht leicht, sich daran zu gewöhnen, dass man nach der Kommunalwahl 2009 ab dem 30. August 2009 einen immensen Machtverlust in Ahaus erlitten hatte.

Es entstand im Rat zunächst ein Stimmenpatt von 21 CDU-Stimmen zu 21 Opposition-Stimmen. Damit der Bürgermeister im Rat mit seiner Stimme nicht jedes Mal die Mehrheit für die CDU-Fraktion hätte herstellen müssen und seine vom Gesetz angedachte Überparteilichkeit -soweit ein CDU-Bürgermeister überhaupt überparteilich sein kann- gelitten hätte, brauchte die CDU-Fraktion einen Stimmenbeschaffer.

Dieser Stimmenbeschaffer bot sich in Gestalt der drei FDP-Ratsmitglieder an, die zuvor noch ein -der CDU wohl nicht genehmes- FDP-Ratsmitglied und zugleich Fraktionsvorsitzenden in einer Palastrevolte ausgewechselt und entsorgt hatten.

Die Einhaltung von Recht und Gesetz war 2010 rückblickend ein zentrales Thema. Wurden in der Vergangenheit etliche unserer Anträge als unsinnig und unnötig tituliert, kam nunmehr eine gewisse schärfere Dynamik auf:

Ausschussvorsitzende mussten daran erinnert werden, Anträge der GRÜNEN auf die Tagesordnung zu setzen.

Anträgen auf Einberufung von Ausschüssen kam man zuerst nicht nach und unsere Fraktion musste den Bürgermeister bitten, Ausschussvorsitzende an Recht und Gesetz zu erinnern.

Dafür revanchierte sich die -nach interner Hinterzimmerabsprache- schwarz-gelbe Stadtregierung mit Hilfe anderer Oppositionsfraktionen damit, nach kurzer Eröffnung, den Jugendhilfeausschuss, den Landwirtschaftsausschuss, den Haupt- und Finanzausschuss wieder zu vertagen.

Der politische Aufschrei und Hinweis von CDU, SPD, FDP und WGK, dass die GRÜNEN hier für entstandenen Kosten der Vertagung verantwortlich seien, konnte mit Blick auf die gesetzlich normierte Rechtslage nicht aufrecht erhalten bleiben: Fraktionen haben ein in der Gemeindeordnung NRW gesetzlich normiertes Recht auf Einberufung von Rat und Ausschüssen.

Vielmehr müssen sich die an der Vertagungsinitiative beteiligten Fraktionen CDU, SPD, FDP, WGK Kosten auf die eigenen Fahnen schreiben lassen, denn die einberufenen Ausschüsse hätten von Seiten der Verwaltung und der Fraktionen durchgeführt werden können.

Aber die Auslegung von Recht und Gesetz zog noch weitere Kreise:

Fristen waren nicht gleich Fristen!

Wenn Anträge/Schreiben fristwährend samstags bzw. sonntags in den Briefkasten der Stadt Ahaus eingelegt wurden, war die Antragsfrist bei Leerung des Briefkastens am Montag bei der einen Fraktion rechtzeitig, bei der GRÜNEN Fraktion zu spät, wie es grade in den Kram passte.

Unsere Fraktion muss den Eindruck gewinnen, hier wird bislang nach Gutsherrenart gehandelt.

Ihm genehme Tagesordnungspunkte, aktuell der Antrag der UWG-Fraktion zur Ratssitzung 02.02.2011 –Diskussion und Entlastung in der Tobitaffäre- setzte der Bürgermeister trotz verspäteter Frist auf die Tagesordnung. Unangenehme Themen wie der von den GRÜNEN beantragte Tagesordnungspunkt: „Badeunfall im Kombibad“ wurden hingegen geschoben.

Wir bitten Sie –Herr Bürgermeister- bei den Fristen eine nachvollziehbare und einheitliche Regelung für alle Fraktionen hinsichtlich der Fristen in der GO für den Rat der Stadt Ahaus klar zu definieren, bekannt zu geben und einheitlich anzuwenden!

Während in anderen Städten und Gemeinden im Kreis Borken von den Fraktionen auch Anträge zur Tagesordnung per E-Mail eingereicht werden können, wie zum Beispiel in Gronau, befindet sich Ahaus hier noch im Mittelalter anstatt im 21. Jahrhundert.

Und trotz diverser rechtlicher Unklarheiten bei Anwendung der Gemeindeordnung NRW und der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Ahaus äußert ein Fraktionsvorsitzender, er könne sein Amt nicht mehr ausüben, wenn er nur noch mit dem Gesetzesbuch unter dem Arm im Rat herumlaufen müsse.

Herumlaufen nützt wenig –Herr Kollege- reingucken ins Gesetz und eine Kommentierung hilft viel mehr.

Klage eines Ratsmitgliedes

Neu war 2010 auch, dass ein Ratsherr gegen den Rat der Stadt Ahaus klagte, was einen Aufschrei der politischen Gremien nach sich zog.

Wir erinnern uns: In der seit 1999 geltenden, von Dr. Korte initiierten und von Ihnen Herr Büter als damaligem Fraktionsvorsitzenden mitgetragenen Geschäftsordnung des Rates der Stadt Ahaus wurden Anfragen (von Ratsmitgliedern) grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet, was schon 1999 gesetzwidrig war, aber von einer Ratsmehrheit so beschlossen wurde.

Das demokratische Recht der gewählten Ratsmitglieder -Bürgermeister und Verwaltung zu kontrollieren- wurde bewusst –von der damals absolut herrschenden CDU- in den nichtöffentlichen Teil einer Ratssitzung gelegt, damit kritische Fragen von Ratsmitgliedern gar nicht erst an die Öffentlichkeit dringen bzw. nicht in der Niederschrift auftauchten getreu dem Mäntelchen der Verschwiegenheit.

Als nach der Kommunalwahl 2009 trotz Erinnerungen unserer Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung über Monate nichts passierte und auch für die Sitzung des Rates zum 14. Juli 2010 keine Änderung der GO auf der Tagesordnung stand, waren dann alle überrascht, wie es ein Ratsmitglied wagen konnte, Klage gegen den Stadtrat zu erheben.

Die Klage ist übrigens im Sinne des Ratsmitgliedes ausgegangen, die damals gestellte Anfrage wurde –für alle BürgerInnen öffentlich einsehbar- auf die Homepage der Stadt Ahaus gesetzt und hat den starrsinnigen Ahauser Stadtrat 588€ Gerichtskosten plus Rechtsanwaltskosten in noch zu benennender Höhe gekostet. Die Kosten sind aber Peanuts im Vergleich zu den noch anfallenden Kosten in Sachen Klage: Verkauf ehemaliges Stadtwerkegelände

Die Klage in 2010 hat übrigens zu seltsamen Kuriositäten geführt. Ein Bruder eines Ratsmitgliedes der CDU wandte sich per E-Mail besorgt an den Landesvorstand der GRÜNEN in Düsseldorf, um seiner Besorgnis Ausdruck zu verleihen, was denn „in Ahaus mit den GRÜNEN los sei“!

Diese –in unseren Augen- initiierte Empörung eines dem konservativen Lager zuzurechnenden Ahausers, der beruflich zuvor noch bei der Stadt Ahaus gearbeitet hatte, zeigte indes wenig Wirkung.

Wer die Sache nicht glauben will, kann gerne den E-Mail Verkehr mit dem Bruder des Ratsmitgliedes bei mir einsehen.

High Noon

in diesem rätlichen Alltagsgeschäft 2010 war aber der abgesprochene Auszug von Ratsmitgliedern der CDU, FDP, SPD aus dem Ratssaal, welchen die Münsterland Zeitung mit einer schönen Karikatur würdigte.

Die Ratsmitglieder der UWG waren geblieben, die Ratsmitglieder der WGW waren nicht gekommen.

Die vorgelesene Begründung für den „Auszug der Gladiatoren“ habe ich nicht mehr parat, Kollege Wittenbrinck möge sie mir vielleicht zur gegebener Zeit noch zur Verfügung stellen.

Ich kann nachvollziehen, dass eine seit 60 Jahren von 1949 -2009 in Ahaus absolut regierende CDU dünnhäutig wird, wenn von den GRÜNEN viel gefordert wird, aber der rechtlichen Legalität unseres Handelns kann man sich nicht entziehen, indem man den Ratssaal verlässt.

Weil Verwaltung und Mehrheitsfraktionen so restriktiv mit Informationen umgehen, müssen wir unseren gesetzlichen Auftrag der Kontrolle von Verwaltung und Bürgermeister wahrnehmen auch wenn diese sich bekanntlich nicht gerne kontrollieren lassen.

Informationsdefizite gibt es ja nicht nur aktuell in der Angelegenheit: *Klage Stadtwerkegelände*, wo Ratsmitglieder über die Einlegung einer Berufung durch die Münsterland-Zeitung informiert werden anstatt durch den Bürgermeister

Auch in der Angelegenheit: *Vermietung Räumlichkeiten Wüllener Volksbank* an die Stadt Ahaus, wo der Bruder des CDU-Fraktionsvorsitzenden als möglicher Vermieter/Investor der Räumlichkeiten auftritt, gibt es Informationsdefizite.

Wenn zwischen zwei Möglichkeiten einer Schulraumlösung für die Andreasgrundschule in Wüllen sich Verwaltung der Stadt Ahaus für einen 10 Jahre langen Mietvertrag – angesichts des Schülerrückgangs nicht nachzuvollziehen- aussprechen sollte, so hat die Nichtinformation und die Nähe des Investors zum CDU-Fraktionsvorsitzendem „ein Geschmäckle“.

Mehr Demokratie gewagt haben trotz aller Fraktionsdisziplin in der CDU einmal die beiden Ottensteiner Ratsherren in der unsäglichen Geschichte der Verweigerung eines Discounters in Ottenstein.

Respekt für Eure –gegen die offizielle CDU Linie- getroffene Entscheidung, die Ihr als direkt gewählte Ratsvertreter aber in unseren Augen –angesichts des klaren Einwohnervotums in Ottenstein für einen Discounter- nicht umgehen konntet, denn sonst droht Euch ja 2014 evtl. Eure Nichtwiederwahl.

Bürgerfreundliche Ratssitzungen?!

Nunmehr ist seit dem 07.10.2010 die GO des Rates der Stadt Ahaus geändert, aber an vielen Stellen in den Augen der GRÜNEN Fraktion wiederrum so bürgerunfreundlich, dass allein die GRÜNE Fraktion im Rat gegen diese neue Geschäftsordnung gestimmt hat.

Selbst wenn aktuell im Schreiben vom 14. März 2011 Dr. Bernd Schneider als Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebund mitteilt, dass rechtlich nichts gegen die Ahauser Regelung auszusetzen ist, bleibt doch festzuhalten, dass auch der von uns eingebrachte, bürgerfreundliche Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung, den Vorgaben des Städte- und Gemeindebundes gerecht würde.

Im Übrigen bleibt auch festzuhalten, dass sie für Ihre Auslegung der Mustersatzung zwar rechtliche Absolution erhalten haben, aber ein *Oskar für Bürgerfreundlichkeit* wurde ihnen durch den Städte- und Gemeindebund nicht verliehen.

Da diese schwarz-gelbe Ratsmehrheit Bürgerfreundlichkeit und Transparenz scheinbar nicht umsetzen will, kämpfen wir weiter für das, was beim Kreis Borken und in den Städten Münster, Gronau, Vreden ganz selbstverständlich ist:

Dort setzen die Bürgermeister von sich aus einen Tagesordnungspunkt *Anfragen (von Ratsmitgliedern)* auf die Tagesordnung und beantworten diese zeitnah im öffentlichen Teil.

Transparenz

Fehlt uns beim Handeln des Bürgermeisters. Wir vermissen z.B. eine Weiterleitung des Schreibens des IM NRW vom 27. Januar 2011 zur Problematik des GFG. Im Schreiben waren die Bürgermeister gebeten worden, dieses an die Ratsvertreter weiterzugeben.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Tribünen, liebe Pressevertreter!

Die GRÜNE Fraktion würde sich freuen, wenn Sie heute Abend gegen Mitternacht wieder dort oben sitzen würden, um dann die Antworten des Bürgermeisters auf unsere Anfragen mitzuerleben.

Sicher ist die Stadt Ahaus in der Lage, Ihnen für die Zeit der nichtöffentlichen Sitzung, in der Sie den Zuschauerraum verlassen müssen, einen im Winter warmen, im Sommer angenehm kühlen Raum für die Überbrückung der Wartezeit bis zur öffentlichen Sitzung zur Verfügung zu stellen. Sollten keine Getränke zur Verfügung stehen, werden wir die Kosten dafür übernehmen!

Lüge, anschwindeln und Kommunikationsdefizite

Kennen Sie den Unterschied zwischen Lüge und Anschwindeln? Darüber wurde in 2010 zwischen Tobias Groten, Bürgermeister und Rat diskutiert.

Lüge ist laut wikipedia.de „eine Aussage, von der der Lügner weiß oder vermutet, dass sie unwahr ist, und die mit der Absicht geäußert wird, dass der oder die Empfänger sie trotzdem glauben. Dies geschieht meist, um einen Vorteil zu erlangen oder um einen Fehler zu verdecken...“.

Das umgangssprachliche Wort *Schwindel* hingegen bezeichnet eine wiederum ernsthaftere Täuschungshandlung.

Die Geschichte: Absage der Stadt Alm 2011 wurde in der Öffentlichkeit, in Gremien, der Münsterland-Zeitung, der Wochenpost, per E-Mail und auf Homepages diskutiert und besprochen.

Ich will die Geschichte hier nicht wiederholen, im politischen und verwaltungsmäßigen Bereich hat nicht nur die GRÜNE Fraktion Kommunikationsdefizite zwischen Bürgermeister, Verwaltung, Tobias Groten und Tobit.Software wahrgenommen, aber wir haben als einzige Fraktion auch Akteneinsicht genommen, um das Bild abzurunden.

Gewerbebetrieb A 31

In meiner Haushaltsrede 2010 hatte ich mit Blick auf das Gewerbegebiet A 31 von Entwicklungen gesprochen, „von denen wir leider oder Gott sei Dank nichts mehr hören und sehen“.

Schöner als die *Münsterland Zeitung* am 26.02.2011 kann man es kaum formulieren: „Stillstand auf dem Acker. Das Einzige was bislang keimt, sind die jungen Maispflanzen“.

Herr Althoff, scheint nicht bisher jeder eingesetzte Cent ein verlorener Cent zu sein, da die angestrebte Entwicklung der Gewerbefläche ohne den Verkauf der Flächen des Freiherr von Oer nicht wirklich weiterkommt und letztlich zum Scheitern dieses Projekts führen könnte?

Und ist angesichts der konkurrierenden Flächen, auch im Kreis Borken entlang der A 31- eine gewinnorientierte Vermarktung überhaupt noch möglich?

Der Gemeinde Legden muss das Wasser allerdings gewerbeflächentechnisch schon bis zum Hals stehen, erwägt Sie doch laut Zeitungsberichten *Enteignungsmaßnahmen* in die Wege zu leiten.

Schulpolitik

„Die CDU-Fraktion beantragt, dass der Rat bis spätestens nach den Sommerferien eine Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Schulentwicklung fasst, um die

Schullandschaft zu optimieren und ggfs. so die Kosten für die Gebäudewirtschaft zu senken“.

Keine Angst meine Damen und Herren, dies war ein Zitat aus den *Westfälischen Nachrichten* Gronauer Teil vom 15.03.2011 und bezog sich auf die dortige CDU-Fraktion.

Erst unsere teils drastische Aufzählung möglicher Entwicklungen im Frühjahr 2010 hat in Ahaus dazu geführt, dass eine außerplanmäßige Schulentwicklungsplanung in Auftrag gegeben wurde.

Wo die GRÜNE Fraktion schon in die Zukunft blickte, waren andere Fraktionen, allen voran die hiesige CDU schulpolitisch noch im Mittelalter.

Während andere Städte -wie z.B. Vreden- die sich rasant ändernden demografisch rückläufigen Schülerzahlen zum Anlass nehmen, Anträge zur Teilnahme am *Schulversuch Gemeinschaftsschule* politisch auf den Weg zu bringen, hielten die Meinungsmacher in der Ahauser CDU in Nibelungentreue am dreigliedrigen Schulsystem fest und zelebrierten Manifeste auf Ihrer Homepage obwohl schon damals in der Landesunion die schulpolitische Diskussion breiter aufgestellt war und vom Vorsitzenden Röttgen auch so vertreten wurde.

Nur die CDU lässt Schüler aus anderen Ortsteilen hin und herfahren, um eine Hauptschule und eine Grundschule anmeldetechnisch zu retten während Anmeldezahlen bei einer anderen Ahauser Hauptschule schon zum Schulbeginn 01.08.2011 rückläufig sind.

Aber die von Verwaltung zunächst eingebrachte, von GRÜNEN, SPD, WGW und UWG unterstützte Vorlage, am Modellversuch Gemeinschaftsschule teilzunehmen und Gemeinschaftsschule am Schulstandort Vestert zu initiieren, hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Stadtrat ja in BASTA-Manier abgelehnt.

Abgelehnt in BASTA-Manier auch der von uns GRÜNEN im Schulausschuss eingebrachte Antrag, Bürgermeister und Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit der Bezirksregierung für eine spätere Einführung der Gemeinschaftsschule al la Stadt Vreden aufzunehmen, Eltern zu befragen und deren Willen umzusetzen.

Hallo CDU-und FDP-Ratsmitglieder, streut Eurer Klientel doch keinen Hasen-Sand in die Augen, aufgrund der demografischen Schülerentwicklung dürften wir in Zukunft nicht umhin kommen, Schulen in Ahaus zu schließen. In Gronau wird aktuell offen über Schulschließungen diskutiert, in Ahaus ringt man um Fassung.

Täglich ist in Zeitungen zu lesen, dass die bislang genehmigten Gemeinschaftsschulen –auch in Orten, wo die CDU regiert- ein Renner sind und aktuell im Bereich der Gesamtschulen landesweit 11.000 Schüler/innen an Gesamtschulen nicht aufgenommen werden können, weil Plätze an Gesamtschulen schlichtweg fehlen. Elternwille hat Vorrang, aber die schwarz-gelbe Stadtregierung Ahaus informiert und befragt Ahauser Eltern erst gar nicht!

Nunmehr ist auch die Landes-CDU vom dreigliedrigen Schulsystem abgerückt und wir bieten Ihnen als CDU-Fraktion unsere Mithilfe an, in Ahaus zukunftsweisend eine Gemeinschaftsschule, vielleicht auch eine Gesamtschule auf den Weg zu bringen.

Wir werden es uns auf Dauer in Zeiten rasanter demografischer Entwicklungen, knapper Kassen und aus energietechnischer Sicht nicht leisten können, Haupt- und Grundschulen in Ahaus ein zügig zu fahren.

Wie schön, dass auch die Alstätter CDU laut heutigem Zeitungsbericht der *Westfälischen Nachrichten* auf Ihrer Versammlung im Dorfgasthof erkannt hat: "Die CDU hat sowohl auf Landes- als auch auf Kreisebene ihre -enge- Position zum dreigliedrigen Schulsystem überdacht und unterstützt nun auch Mischformen der Schulsysteme".

Kulturmeile

Die geplante Kulturmeile könnte sich zu einem Problem für den Ahauser Haushalt entwickeln.

Wir wissen noch nicht, was aus dem gestellten Antrag *Städteförderungsprogramm* wird. Soweit hier ein ablehnender Bescheid kommt, gibt es einen Plan B?

Unsere Fraktion trägt einen Umzug der Stadtbücherei im Übrigen nur mit, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen akzeptabel erscheinen, das heißt, Investitionsvolumen und künftige Abschreibungen finanzierbar sind.

Ferner gilt immer noch unser aktueller Vorschlag, Stadtbücherei in reduzierter Form in die „abgängigen“ Gebäudeteile der Anne-Frank-Realschule zu integrieren bzw. Stadtbücherei am Standort Anne-Frank-Realschule zu realisieren oder eben als Anbau auf dem Bernsmannskampschulhofgelände.

Bislang sind diese Alternativen als lächerlich abgetan worden, will sich in Zeiten knapper Kassen jemand in Ahaus mit der Stadtbücherei auf dem Rasengrün ein Denkmal setzen?

BZA -Teil 2

Auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole, aber Infrastrukturhilfe ist in unseren Augen kein schönes Wort für 1.278.300,00€ die die Stadt Ahaus mit Hilfe der CDU und FDP vom BZA bekommt.

Atomare Gefahren für Ahaus, erkaufte Politik von CDU und FDP, in unseren Augen – angesichts der Folgen in Japan- erschreckend.

Wir sind weiterhin gegen Atomstrom und in der Konsequenz gegen Atommülltransporte. Atomstrom kostet deshalb in der Erzeugung nur ca. 3 Cent, weil eben Polizeikosten, Transportkosten, Endlagerkosten etc. nicht von den vier großen Atomstromerzeugern: Vattenfall, EON, RWE, ENWB in die Kalkulation eingebracht werden müssen, sondern vom Steuerzahler getragen werden.

Diese vier Konzerne schaufeln sich und Ihren Aktionären mit Hilfe der schwarz-gelben Bundesregierung jedes Jahr Milliarden an Gewinnen in die Taschen.

Schwarz-Gelber Stadtrat in Ahaus

- Erst die Anregung eines Kreispolitikers hat überhaupt dazu geführt, dass das Kombibad an den ÖPNV angeschlossen wurde und somit für ältere Menschen, Familien ÖPNV-mäßig erreichbar ist. Der Versuch des Bürgermeisters, diese Anbindung als seinen Verdienst in der Öffentlichkeit darzustellen, ist letztlich jämmerlich gescheitert, denn Angelegenheiten des ÖPNV sind alleinig Kreisangelegenheit. Allenfalls wird die die Stadt Ahaus im laufenden Verfahren

gehört. Der Auftrag des zuständigen Kreisausschusses, eine dauerhafte Anbindung des Kombibades auf der Route S70 abzuwägen, wurde einstimmig beschlossen. Die Aufgabe des Bürgermeisters und Stadtausschusses ist klar definiert: Wie werden Sie bei einer positiven Entscheidung zur Änderung der S70 Fahrtroute die wegbrechenden Abendverbindungen nach Wessum ersetzen?

- Es gibt immer noch keine ausreichende Lichtbeleuchtung längs der AA-Umflut zum Kombibad. Ältere Menschen, Kinder, Eltern müssen mit Beginn der Dunkelheit in der Dunkelheit zum Kombibad fahren, ein unsicherer Zustand. Der im Januar 2010 von den GRÜNEN im Rat gestellte, in den Fachausschuss verwiesene Antrag, auch nach einem Jahr nicht auf der Tagesordnung des Ausschusses zu finden.
- Trotz ca. 1,3 Millionen Einnahmen aus BZA Geldern ist es in Ahaus nicht möglich, verbilligte Theaterticket-Karten für Geringverdiener, Hartz IV-Bezieher in die Wege zu leiten, Familienpass in Ahaus, da war doch mal was? Alles zu teuer für schwarz-gelb, Lohnabstandsgebot wird laut schwarz-gelb nicht beachtet. Die Diskussionen sind in Ausschuss und Rat geführt worden.
- Die zurückliegenden Versuche des Bürgermeisters, Ottenstein und Graes mit schnellem Internet zu versorgen, sind kläglich gescheitert. Nunmehr bietet sich ihm durch die Verlegung von Leerrohren durch den Kreis Borken die Chance, einen erneuten Versuch zu starten.

Haushaltsansätze

Zwei -in unseren Augen- kuriose Haushaltsansätze gibt es noch zu berichten.

Ahaus steht scheinbar im Wirtschaftsförderwettbewerb so schlecht da, obwohl wir die niedrigsten Kosten für den Ankauf von Gewerbeflächen haben mit derzeit 9,20€, dass im Budget 15.02 eine Standortbroschüre mit Kosten 18.000€ vorgesehen ist. Selbst nach Abzug einer Refinanzierung durch standortbezogene Anzeigen blieben 5.000€ an nicht gedeckten Kosten, im Haushalt allerdings „Peanuts“.

Unserer Fraktion erschließt sich indes nicht, welche Aufgabenstellungen der mit ca. 50.000€ jährlichen Personalkosten neu eingestellte Wirtschaftsförderer hat -ich sage an dieser Stelle ausdrücklich, dass sich meine Ausführungen nicht gegen die Person des Stelleninhabers richten- sieht man mal von der Durchführung der Neujahrsansprache des Bürgermeisters per Videobotschaft ab.

Hier wurde eine neue Stelle auch mit der Begründung: Entlastung des Büroleiters Herrn Leuker in Verwaltungsaufgaben geschaffen während die GPA für den Bereich Gebäudewirtschaft ein teils verheerendes Bild zeichnet: „Optimierungen im infrastrukturellen Bereich, insbesondere Neuausschreibungen der Reinigungsleistungen, schreiten aufgrund der schwachen personellen Ausstattung nur langsam voran“. Seite 10 ff GPA Prüfbericht Gebäudewirtschaft.

Versuche der Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sehen wir derzeit als halt- und planlos. Hierzu gehört die im Schweinsgalopp vorweggenommene Preiserhöhung der Gewerbegebiete, wobei Ahaus ja mit den Zahlen immer noch mit vergleichbaren Städten am untersten Rand der Fahnenstange liegt

Im neuen Gewerbegebiet A31 sollen die Preise ja erheblich höher sein, wieso sollte also jemand dort Grund kaufen, wenn er es in Ahaus billiger bekommt?

Ferner fehlt eine Evaluation der Vergünstigungen für Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen wollten, wer kontrolliert dies, wer berichtet regelmäßig dem Fachausschuss, dem Rat?

Der zweite kuriose Ansatz ist die –in unseren Augen- auf Wunsch der FDP eingeführte Nasenprämie, auch *Mitarbeitervorschlagswesen* genannte Geldzuwendung an städtische Mitarbeiter in Höhe von 1.500€. Hier ginge unserer Meinung nach auch ein Blumenstrauß oder ein Essensgutschein.

Dass in heutigen Zeiten ein Vorschlagswesen mit Geld belohnt wird, halten wir für überflüssig, es bindet erhebliche personelle Zeit, Vorschläge aufzunehmen, zu prüfen welcher Vorschlag geldwürdig ist etc. etc., also knapp gesagt, ein bürokratisches Monster.

Das ist also die in der Münsterland Zeitung aktuell von der FDP beschriebene Handschrift der Arbeit der FDP, die in den Rat einfließt.

Ebenso die Aufhebung und Veränderung eines gerade beschlossenen Bebauungsplanes nach nur sechs Monaten an der Südstraße in Wessum, wo jetzt die entsprechende Holz-Unternehmerklientel auch auf Wunsch des CDU-Ortsverbands Wessum zweigeschossig bauen darf, obwohl das örtliche Bauamt hiervon abgeraten hatte. Aber das Bauamt ist ja weisungsgebunden und durfte wohl seine Bedenken überarbeiten.

Wir fordern weiterhin eine schnelle Gleichbehandlung aller mit freiwilligen Leistungen bedachten Vereine, Verbände, kirchlichen und staatlichen, städtischen Institutionen nach dem Rater Modell.

Den von der Verwaltung verkündeten und gemachten Schritt in Richtung *Rater Modell* begrüßen wir, fordern aber für den Haushalt 2012 eine dem Haushaltsplan beiliegende Auflistung aller dieser Zuwendungen.

Hierzu gehört auch, die im Bereich der Gebäudewirtschaft und beim Baubetriebshof angefallenen Kosten für Vereine und Verbände etc. aufzulisten.

Wir wissen, dass auf Verwaltung diesbezüglich was zukommt, aber es sind noch 9 Monate bis zum nächsten Haushalt.

Fordern werden wir auch eine schnellere Umsetzung von Zielvereinbarungen und Kennzahlen, ein besseres Controlling und schnellere Jahresabschlüsse sowie eine Absenkung der ausschreibungspflichtigen Summen.

Gratulieren möchten wir Ihnen Herr Bürgermeister, dass sie als Bürgermeister im beratenden Gremium der RVM vertreten sind und dies auch noch mit den Stimmen der GRÜNEN Kreistagsfraktion.

Durch die vorgesehenen Tarifanpassungen aufgrund des neuen §11a ÖPNVG NRW werden für die Schulträger und damit auch für die Stadt Ahaus sinkende Kosten um 5.5% bei den sog. Fluktuationsschülern erwartet.

Dieser Haushalt 2011 bleibt auf Talfahrt, es gelingt nur ein fiktiver Haushaltsausgleich und der Haushalt 2011 birgt u.a. Risiken, wenn eingeplante Gewerbesteuererinnahmen nicht aufkommen.

Wer die Prüfberichte der GPA aufmerksam gelesen hat, wird feststellen, dass Bürgermeister, Verwaltung und Politik in Ahaus noch einiges zu tun haben.

Stichwortartig möchte ich nur folgende Punkte anreißen:

- Verstoß bei vergaberechtlichen Bestimmungen durch die Stadt Ahaus. Strom, Energie wird nicht ausgeschrieben
- Zu hoher Wasserverbrauch in den Schulen in Ahaus
- Strompreis, den die Stadt Ahaus an die Stadtwerke Ahaus zu zahlen hat, ist liegt von 2006-2009 auf höherem Niveau als in vergleichbaren Städten
- Büroflächenmanagement ist nur in Ansätzen vorhanden, Personal fehlt
- Aufstellung des Gesamtabschlusses 31.12.2010 muss verstärkt angegangen werden
- Gewerbeflächen werden unterhalb des Einkaufspreises verkauft mit negativer Ergebnisrechnung für die Stadt
- Einnahmepotentialen im Bereich Gewässerunterhaltung werden nicht genutzt, nur 50% werden in die Kalkulation einbezogen, obwohl das Kommunalabgabengesetz NRW eine volle Kostenerstattung vorsieht. Einnahmepotentialen von 160.000€ jährlich werden verschenkt
- Einnahmepotentialen insgesamt von 3000.00€ jährlich in Gebührenhaushalten werden nicht genutzt
- Es fehlt an einer Übersicht, mit wem die Stadt Ahaus Mietverträge abschließt zu welchen Konditionen.

Wegen der in dieser Haushaltsrede aufgezeigten Problematiken und auch aufgrund der Infrastrukturhilfe des BZA wird die GRÜNE Fraktion dem Haushalt 2011 nicht zustimmen.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat des chinesischen Philosophen Konfuzius:

Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten.

Vielen Dank für Ihre Ausdauer beim Zuhören.

Klaus Löhring
Fraktionsvorsitzender